

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Martin Güll, Reinhold Strobl, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion (SPD)**

Moratorium zugunsten einer nachhaltigen Schulentwicklung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die vom Kabinett in den letzten Monaten und in der Kabinettsitzung vom 30. Juni 2009 beschlossenen schulpolitischen Maßnahmen zu stoppen und stattdessen dem Landtag ein nachhaltiges Schulentwicklungskonzept für Bayern vorzulegen, das folgende Grundsätze berücksichtigt:

- den Erhalt der wohnortnahen Schulstandorte, die Einführung einer regionalen Schulentwicklung mit der Möglichkeit, Reformschulen einzurichten;
- das veränderte Übertrittsverhalten nach der Grundschule und die demographische Entwicklung in Bayern;
- die Realisierung der individuellen Förderung als Grundprinzip an allen Schulen, die Umsetzung des Prinzips des längeren gemeinsamen Lernens und das Angebot des Mittleren Bildungsabschlusses an allen Schulen.

Begründung:

Die demografische Entwicklung und das Übertrittsverhalten der Eltern machen eine nachhaltige Schulreform unverzichtbar. Die Hauptschulen sterben aus, weil sie von den Eltern nicht mehr akzeptiert werden. Realschulen und Gymnasien können den Schüleranstieg kaum noch bewältigen. Ein pädagogisches und regionales Konzept für eine zukunftsweisende Schulpolitik fehlt u.E. gänzlich, ist aber dringend notwendig. Seit Jahren wird von vielen Seiten auf den Handlungsbedarf hingewiesen. Die Staatsregierung hat u.E. die bildungspolitische Entwicklung verpasst und zukunftsweisende Reformvorschläge aus parteitaktischen und ideologischen Gründen verhindert. Die in den letzten Monaten gemachten Strukturvorschläge sind nicht geeignet, die schulpolitische Lage in Bayern zu verbessern. Die Vorschläge der Staatsregierung führen u.E. zu großer Verunsicherung bei Eltern, Schulen, Gemeinden und Landkreisen. Die vorgelegten Konzepte tragen in keinsten Weise zu einer nachhaltigen Schulentwicklung bei. Die Konzepte der Staatsregierung verschlechtern die schulpolitische Lage und haben keine Akzeptanz. Aus diesem Grund müssen alle schulpolitischen Maßnahmen der letzten Monate gestoppt werden, um Schlimmeres zu verhindern.